

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

30.04.2012

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stadtentwicklung, Kommunale Verkehrsplanung

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration,
Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 01.03.2012**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:36 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 26.01.2012 - öffentlicher Teil
0111/2012**
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1** **Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales**
0086/2012

- 6** **Festlegung der Platzzahlen im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen
Ganztagsgrundschulen für die Schuljahre 2012/13 und 2013/14**
0081/2012

- 7** **Planung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das
Kindergartenjahr 2012 /2013**
0670/2011

- 8** **Vorschlag zur neuen Ausgestaltung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach
über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem
Asylbewerberleistungsgesetz**
0518/2011

- 9** **Haushalt 2012/2013 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung,
demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau
und Mann fallenden Produktgruppen**
0110/2012

- 10** **Anträge der Fraktionen**

- 11** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung der Ausschussmitglieder fest. Die Vorsitzende stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Vorsitzende schlägt vor, die kürzlich zugestellte Niederschrift aus der Sitzung am 26.01.2012 in der kommenden Sitzung zu beschließen. Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 26.01.2012 - öffentlicher Teil *0111/2012*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5.1. Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales *0086/2012*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

Darüber hinaus bezieht Herr Hastrich sich auf ein in die Runde gegebenes Ansichtsexemplar des neuen Mobilitätspasses sowie den entsprechenden Informationsflyer und berichtet, die Stadt führe seit dem 01.03.2012 den Beschluss des Kreises aus, dieses Ticket auf Antrag an Leistungsberechtigte nach dem SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auszugeben.

6. **Festlegung der Platzzahlen im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen für die Schuljahre 2012/13 und 2013/14**
0081/2012

Die Vorsitzende weist darauf hin, die Vorlage sei lediglich unter dem Genderaspekt zu behandeln.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Aus Gendergesichtspunkten wird dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

7. **Planung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2012 /2013**
0670/2011

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt weist die Vorsitzende darauf hin, die Mitteilungsvorlage sei lediglich aus Gendersicht zur Kenntnis zu nehmen.

8. **Vorschlag zur neuen Ausgestaltung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz**
0518/2011

Herr Waldschmidt bittet um getrennte Abstimmung über Satz 1 und 2 des von der Verwaltung formulierten Beschlussvorschlages. Die SPD-Fraktion, so führt Herr Waldschmidt weiter aus, trage Satz 1 mit, Satz 2 hinsichtlich der Aufhebung der übrigen Förderzwecke solle heute nicht beschlossen, vielmehr im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in der Fraktion besprochen werden. Es werde seitens der SPD-Fraktion im Jugendhilfeausschuss eine umfangreiche inhaltliche Anfrage geben, die unbürokratische Alternativen zum Löwenpass betreffe.

Herr Dr. Bernhauser merkt zu Herrn Waldschmidts Anregung an, es sollten natürlich vor den umfassenden Beratungen in den Fraktionen und im Rat selbst keine Haushaltsbeschlüsse gefasst werden, die CDU-Fraktion könne aber dem Grunde nach dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in beiden Sätzen zustimmen, andererseits sei es auch unproblematisch, zunächst nur dem ersten Satz zuzustimmen und das Weitere den folgenden Beratungen zu überlassen.

Herr Zalfen zitiert eine im SPD-Arbeitskreis entstandene Idee und bittet die Verwaltung, die Möglichkeit zu prüfen, die kulturellen Einrichtungen Bergisch Gladbachs an einem „unattraktiveren“ Tag in der Woche grundsätzlich für alle Bergisch Gladbacher kostenlos zu öffnen, ggf. auch gekoppelt an einen Tag mit langen Ladenöffnungszeiten, ähnlich werde es nach seinem Kenntnisstand donnerstags bereits in Köln gehandhabt.

Herr Dr. Bernhauser berichtet, im ABKSS sei bereits ein Beschluss gefasst worden, der freien Eintritt in die Museen an einem Tag im Monat festlege, die Umsetzung des Beschlusses sei ihm allerdings nicht bekannt.

Herr Hastrich schlägt vor, die Frage des Beschlusses und der Umsetzung verwaltungsintern zuständigkeithalber an den ABKSS weiterzuleiten. (*redaktionelle Anmerkung: die Antwort des FB 4-45 ist als Anlage beigelegt.*)

Auf die Frage von Herrn Zalfen bezüglich der Einbeziehung der Leistungsberechtigten nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz, die nicht von der bisherigen BuT-Regel erfasst seien, berichtet Herr Hastrich, es gebe leider nach wie vor keine bundesgesetzliche Regelung. Sie befinde sich vielmehr im klassischen Kostenstreit zwischen Bund und Ländern, wobei Einigkeit über das Ziel

bestehe. Es sei insofern zweckmäßig, den ersten Satz des Beschlusses noch einmal zu bekräftigen; allerdings seien dafür keine Mittel im Haushalt vorgesehen. Aktuell behelfe sich die Verwaltung über den Umweg, eine Ermessensentscheidung nach § 6 AsylbLG zu treffen und insoweit den Personenkreis den übrigen Leistungsberechtigten nach dem SGB II bzw. XII gleichzustellen. Was die grundsätzliche Frage nach dem BuT angehe, seien hierin sowohl Regelungen mit als auch ohne Bezug zum alten Löwenpass getroffen worden.

Dem Verlauf der Diskussion entsprechend lässt die Vorsitzende über Satz 1 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann geben bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für die nachfolgenden Ausschüsse und den Rat:

Die im Rat am 18.10.2011 beschlossene Regelung wird bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung fortgeführt.

9. **Haushalt 2012/2013 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen 0110/2012**

Die Vorsitzende schlägt vor, innerhalb der Vorlage seitenweise vorzugehen.

Herr Theisen erinnert daran, dass die Kürzungen im Jugend- sowie im Seniorenbereich nicht zweckmäßig seien, weil die jetzt gesparten freiwilligen Leistungen später zu Pflichtaufgaben würden.

Herr Theisen führt weiter aus, es sei ihm ein besonderes Anliegen, dass die Besetzung und die Wirksamkeit des Jugendamtes sichergestellt und nicht durch Sparmaßnahmen begrenzt seien, er bitte um entsprechende Überprüfung durch die Verwaltung.

Hinsichtlich der offenen Begegnungsstätten merkt Herr Theisen an, es sei fraglich, wieweit die Träger die 5 betroffenen Einrichtungen angesichts der im Haushalt vorgesehenen Sparmaßnahmen halten könnten. Gerade vor dem Hintergrund der im neuen Gutachten „ISEK 2030“ getroffenen Feststellung einer steigenden Anzahl von Senioren und Seniorinnen sei er über solche Sparmaßnahmen verärgert. Herr Theisen verweist auf einen EU-Beschluss vom 14. September 2011, in dem das Jahr 2012 als europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen ausgerufen worden sei. Auch ergebe sich aus der Veröffentlichung, dass die Anzahl der Senioren und Senioren EU-weit um bis zu 30 % steige. Aus Punkt 26 ergebe sich, dass mit vorliegendem Beschluss finanzielle Mittel für die Seniorenförderung bei der EU angefordert werden könnten. Ein ebenfalls auf den 14. September 2012 datierter Erlass weise unter Artikel 2 von der EU vorgegebene Ziele und unter Artikel 3 Inhalte und zur Zielerreichung erforderliche Maßnahmen aus. Herr Theisen fragt, welche Maßnahmen die Verwaltung im neuen Haushaltsplanentwurf vorgesehen habe, um die Ziele des EU-Beschlusses zu erreichen. Zudem bittet er darum, den EU-Beschluss (*Anlage*) dem Protokoll beizufügen. Herr Hastrich antwortet, im Haushalt seien keine Maßnahmen vorgesehen.

Hinsichtlich des Jugendhaushaltsplans verweist Herr Dr. Bernhauser auf die Beratungen im kommenden Jugendhilfeausschuss. Was die Kürzungen im Bereich der Seniorenzentren angehe, bezieht sich Herr Dr. Bernhauser auf den gemeinsamen Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 27.02.2012 (*Anlage*), die im vergangenen Jahr beschlossene Kürzung für dieses Jahr und für die Folgejahre zurückzunehmen, andererseits stelle sich auch die Frage, in welcher Höhe die

Umsetzung der EU-Richtlinien gefördert werde. Das Bemühen der Stadtverordneten sei es, die geringen frei verfügbaren Mittel gerecht und verantwortungsbewusst zu verteilen.

Allein angesichts des bekannten demografischen Wandels, so betont Herr Waldschmidt, habe die SPD-Fraktion Kürzungen bei den Seniorenzentren bereits frühzeitig für einen großen Fehler gehalten und die Auffassung vertreten, die ortsnahen Seniorenzentren müssten erhalten bleiben. Über das Umdenken bei der CDU- und bei der FDP-Fraktion freue er sich und sage insofern die volle Unterstützung durch die SPD-Fraktion zu.

Frau Schundau schließt sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Waldschmidts Ausführungen an. Ihre Fraktion habe schon immer die ortsnahe Erhaltung der Seniorenzentren gefordert.

Auf Nachfrage von Frau Schundau berichtet Herr Hastrich, der Gesetzgeber habe in § 71 des SGB XII zwar festgeschrieben, dass die örtlichen Träger der Grundsicherung bzw. der Leistungen nach SGB XII - vorliegend der RBK - dazu verpflichtet seien, Angebote der Altenhilfe vorzuhalten, zu denen sicherlich auch die Leistungen der Seniorenbegegnungsstätten zählten. Weil der Gesetzgeber aber keine Ausführungen zu der Art und Weise der Leistungen mache, handele es sich um eine klassische Leistung, die dem Grunde nach pflichtig und der Höhe sowie der Ausgestaltung nach freiwillig sei.

Wenn der Ratsbeschluss zu einem genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept führe, könne die Erhöhung der Bezuschussung der Seniorenbegegnungsstätten ohne Mitteleinsparungen an anderer Stelle erfolgen.

Frau Schmidt-Bolzmann drückt ihre Freude darüber aus, dass es offensichtlich eine Mehrheit für die Förderung der Seniorenbegegnungsstätten gebe, weil die Kürzung ein deutliches Zurückfahren des Angebots bedeutet hätte. Am Beispiel der Seniorenbegegnungsstätte in Refrath berichtet Frau Schmidt-Bolzmann von der besonderen gesellschaftlichen und kulturellen Bedeutung der insgesamt fünf Einrichtungen in Bergisch Gladbach. Erforderlichenfalls könne sicher auch eine Gegenfinanzierung gefunden werden.

Die Vorsitzende geht zum Haushalt des Frauenbüros / der Gleichstellungsstelle über. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Zu dem nachfolgend behandelten Haushalt Stadtentwicklung, kommunale Verkehrsplanung bezieht sich die Vorsitzende auf den eingangs verteilten Antrag der FDP-Fraktion (*Anlage*). Herr Dr. Karich weist ergänzend zum Antrag darauf hin, in der vergangenen Sitzung sei detailliert die Notwendigkeit einer integrierten Verkehrsplanung diskutiert worden. Es solle deshalb mit Blick auf die im Haushalt für das ISEK dargestellten Mittel von 10.000 € eine Entscheidung getroffen werden, parallel und unabhängig vom Flächennutzungsplan eine integrierte Verkehrsplanung auf den Weg zu bringen. Herr Dr. Karich liest den schriftlich vorliegenden Antrag vor:

**Die Verwaltung wird beauftragt,
die Erarbeitung eines „Integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes“ im Rahmen des
„Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“ als eigenständige Aufgabe zu formulieren.**

- 1. Zusammenfassung/Aufarbeitung der bisher erarbeiteten Unterlagen**
- 2. Feststellung der noch zu bearbeitenden Themen**
- 3. Formulierung eines Projektes zur Bearbeitung und Ermittlung von Aufwand und Kosten.**

Die Verkehrsplanung soll mit geringen Mitteln im Einvernehmen mit dem AUKV in Angriff genommen werden.

Der Zeitplan zur Erstellung des Flächennutzungsplanes soll durch die zusätzliche Expertise nicht verzögert werden.

Auch Herr Waldschmidt unterstreicht die im Rahmen der bisherigen ISEK-Beratungen seitens der SPD-Fraktion deutlich gemachte Notwendigkeit einer integrierten Verkehrsplanung als unabdingbare Voraussetzung für den Flächennutzungsplan. Insoweit habe der FDP-Antrag die volle Unterstützung seitens der SPD-Fraktion.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, eine strategische Verkehrsplanung sei grundsätzlich nötig, wobei es nicht nur um Straßenplanung, sondern überhaupt um Mobilität gehe. Dazu gehöre auch der öffentliche Personennahverkehr. Unter dem Aspekt der alternden Gesellschaft sei gleichermaßen über Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten für Rollatoren wie auch für Kinderwagen nachzudenken. Es stelle sich die Frage, in welchem Umfang und mit welcher Intensität bzw. Extensität solch ein Gutachten erstellt werden solle. Mit der im Haushalt vorgesehenen Position in Höhe von 10.000 € könne ein kompetentes Gutachten zur strategischen Verkehrsplanung sicher nicht erwartet werden, andererseits solle der Flächennutzungsplan unter Verwendung der bisher vorliegenden Daten möglichst parallel zum Verkehrsentwicklungsplan bearbeitet werden. Einer antragsgemäßen Entscheidung stehe nichts entgegen.

Auch Frau Schundau zeigt sich erfreut darüber und ist mit Herrn Dr. Bernhauser einer Meinung, dass ein intelligentes Verkehrskonzept alle Verkehre meine, auch Fußgänger-, Rad- und ÖPNV-Verkehre. Ein solches Verkehrskonzept sei auch angesichts der problematischen Kostensituation ganz wichtig. Auf vorliegende Untersuchungen könne dabei kostensparend zurückgegriffen werden. Herr Zalfen weist darauf hin, dass die Verkehrsentwicklungsplanung auch unter dem Aspekt sinnvoller Gewerbeansiedlung in Verbindung mit den notwendigen Gewerbesteuererinnahmen parallel zum Flächennutzungsplan erfolgen müsse. Wenn der Verkehr eine solche Ansiedlung nicht hergebe, sei eine Ausweisung im Flächennutzungsplan überflüssig. Das Gleiche gelte für Wohngebiete. Zugunsten der Klärung der verkehrlichen Aspekte müsse der Flächennutzungsplan notfalls zeitlich gestreckt werden.

Frau Dr. Werheit unterstützt die vorgetragenen und inhaltlich ähnlichen Ausrichtungen aller Beiträge aus ihrer fachlichen Sicht, weist jedoch auf die im Bereich der Stadtentwicklung bestehende schwierige personelle Situation hin, die die Bearbeitung zweier großer Projekte gleichzeitig nicht zulasse. Wenn tatsächlich ein integrierter Verkehrsentwicklungsplan parallel zum Flächennutzungsplan oder mit Priorität erarbeitet werden solle, werfe das insbesondere organisatorische Probleme auf. Bekanntlich gäbe es bei der Stadtentwicklung keine verkehrsplanerische Fachkraft. Auch der Finanzierungsaspekt sei zu berücksichtigen. Die im Haushaltsentwurf für das ISEK eingeplanten Mittel seien noch Restmittel, die etwa für das noch ausstehende Monitoring vorgesehen seien. Insofern müsse auf andere Mittel zugegriffen werden. Frau Dr. Werheit äußert auch ihre Überzeugung, dass eine neue Verkehrsentwicklungsplanung nicht nur die vorhandenen Unterlagen und möglicherweise völlig veraltete Aussagen und teilweise sehr solitär betrachtete Untersuchungen berücksichtigen solle, vielmehr wäre die Betrachtung der Gesamtstadt, der Stadtteile untereinander wie auch der verschiedenen Verkehrsarten Sinn und Zweck eines solchen integrierten Ansatzes. Eine finanzielle Darstellung sei über eine zeitliche Streckung der Bearbeitung des Flächennutzungsplans aus ihrer Sicht durchaus denkbar.

Herr Schmickler merkt an, es werde vorliegend Ressourcenverteilung zu Lasten nicht anwesender Dritter betrieben. Aufgrund des Zeitpunkts der Antragstellung sei eine Abstimmung mit den Kollegen und Kolleginnen nicht mehr möglich gewesen.

Zu der von den Fraktionen angesprochenen Verwertung von Datengrundlagen verweist Herr Schmickler auf seine ausführlichere Darstellung der Datenquellen in der vergangenen Sitzung. Jedenfalls seien die zum Thema ÖPNV vorhandenen Daten sehr global und träfen zu den spezifischen Bergisch Gladbacher Problemen Aussagen nur in Grundzügen. Andere Datengrundlagen seien wiederum mindestens 15 Jahre alt. Es habe sich inzwischen so vieles in den Rahmenbedingungen in Bergisch Gladbach verändert und weiterentwickelt, dass dieses Datenmaterial nicht mehr brauchbar sein dürfte. Betreffend das Hauptverkehrsstraßennetz sei in

Teilbereichen aus den bekannten Gründen eine größere Menge an Daten vorhanden. Wenn man dem breiten Anspruch eines Verkehrsentwicklungsplanes Rechnung tragen wolle, müsse aber eine Menge an Datenmaterial im Grundlagenbereich zusammengetragen werden, die Stadt verfüge über diese Daten aber nicht oder eben nicht auf einer halbwegs aktuellen Basis. Herr Schmickler führt weiter aus, letztlich sei alles machbar, auch die Finanzierung sei durch Verschiebung und Schwerpunktsetzung ein weniger großes Problem. Ein größeres Problem sei aufgrund der Personalsituation die fachgerechte verwaltungsinterne Betreuung, jedenfalls sei eine zeitliche Verschiebung des Flächennutzungsplanes unbedingt zu vermeiden. Einerseits sei ein überalterter Flächennutzungsplan irgendwann als rechtliche Grundlage für rechtssichere Bebauungspläne nicht mehr brauchbar, andererseits nehme die Aktualität der mit großem, gemeinsamem Aufwand auf den Weg gebrachten Untersuchungen bei Verschiebung des Flächennutzungsplanes Jahr für Jahr ab. Herr Schmickler spricht sich dafür aus, mit möglichst aktuellen Grundlagen zu arbeiten. Es sei zu überlegen, aus welchem Bereich qualifizierte personelle Kapazitäten ergänzend zu den Kapazitäten der Stadtentwicklungsabteilung für die Durchführung eines solchen Projekts verlagert werden können. Das sei keine leicht zu lösende Aufgabe.

Herr Dr. Bernhauser weist darauf hin, ein neuer Plan müsse natürlich kompatibel mit den schon bestehenden Plänen sein. Es gehe nicht in erster Linie um die Belastbarkeit des Straßennetzes, vielmehr um die der an den Straßen wohnenden Menschen. Er denke hier natürlich auch an das Gewerbegebiet Spitze und die Belastbarkeit der Straße in Herkenrath und die gegebenenfalls entstehende Mehrbelastung der Anwohner und der dörflichen Lebensgemeinschaft. Eine strategische Verkehrsplanung müsse deshalb dringend auf die schon vorliegenden Gutachten bezogen sein.

Herr Kamp regt vor dem Hintergrund einer hochdichten Bebauung in Bergisch Gladbach mit teilweise extrem hoch belasteten Verkehrswegen und mangelnder räumlicher Gegebenheiten für entlastende Straßen an, über ein Optimierungsprogramm für die Verkehrswege wie auch für die Verkehrsgesellschaften nachzudenken. Es könne beispielsweise geprüft werden, ob alle Ampeln erforderlich seien oder wie einzelne Wegführungen beschaffen seien.

Herr Schmickler greift die nach seiner Meinung sehr positiven Hinweise von Herrn Kamp gerne auf. Ein neuer Verkehrsentwicklungsplan werde nicht dazu führen, dass die Stadt nennenswert neue Straßen baue. Demzufolge könne lediglich der Versuch helfen, das bestehende Netz zu optimieren und die negativen Wirkungen des Verkehrs zu vermindern. Das Thema Verkehrslärmschutz werde in Zukunft wegen übergeordneter Vorgaben ein großes Thema werden. Darüber hinaus könne geprüft werden, ob Verkehr auf umweltfreundliche und damit auch weniger belastende Verkehrsträger verlagert werden könne. Auch seien Möglichkeiten zu prüfen, die zu einer stärkeren Nutzung des ÖPNV führten. Herr Schmickler weist darauf hin, dass es sinnvoller sein könne, den Schwerpunkt auf die Leistungsfähigkeit des Vorhandenen zu legen anstatt kostenintensive Verkehrsmengenerhebungen und Prognosen zum Individualverkehr durchzuführen.

Herr Kockmann äußert seinen Eindruck, gemeinsames Ziel sei es, ein vernünftiges Verkehrskonzept in die Flächennutzung einzubringen, weshalb die Verwaltung um einen zeitnahen konkreten Vorschlag gebeten werden müsse.

Herr Waldschmidt merkt an, dass sich in den vergangenen vier bis fünf Jahren mehrere Ausschüsse mit Verkehrsuntersuchungen, die sich zum Teil auf einen räumlich eng begrenzten Bereich fokussierten, befasst hätten. Er gehe davon aus, dass hierfür erhebliche finanzielle Mittel geflossen seien, weshalb es wirtschaftlich vernünftig sei, sich jetzt in Gänze mit einer integrierten Verkehrsplanung zu beschäftigen.

Herr Zalfen bezieht sich auf eine Anfrage in der AUKV-Sitzung am 12.01.2012, wie der Ortsteil Herkenrath auch mit Blick auf zukünftige Verkehre entlastet werden könne. Er drückt seinen Unmut darüber aus, dass der eingebrachte Vorschlag, auf der alten Müllkippe in Kürten einen P+R-Parkplatz zur Stärkung des ÖPNV in Richtung Linie 1 oder zum S-Bahnhof einzurichten, von der Verwaltung zwar als nicht durchführbar negiert, aber keine alternativen Vorschläge gemacht worden seien.

Herr Dr. Karich kommt zurück auf den vorliegenden FDP-Antrag und betont die Notwendigkeit, vom Eventuellen zu einem konkreten Projekt zu kommen.

Frau Dr. Werheit weist darauf hin, dass es sich heute um eine Sondersitzung handele, weshalb die nächste Sitzung im April relativ zeitnah sei. Weil die Arbeitsplanung ohnehin die Vorlage des Arbeitskonzepts für den Flächennutzungsplan in der ASSG-Sitzung vor der Sommerpause vorsehe und eine Abstimmung mit der integrierten Verkehrsplanung sinnvoll sei, schlägt sie - vorbehaltlich der verwaltungsinternen Prüfung der zeitlichen und organisatorischen Machbarkeit - vor, beide Themen auf die Tagesordnung der Junisitzung des ASSG zu setzen.

Herr Schmickler kündigt an, Herrn Zalfens Hinweis als Anregung aufzunehmen für ein in Vorbereitung befindliches Gespräch mit der Gemeinde Kürten und dem Landesbetrieb Straßen NRW betreffend das Thema „Verkehr auf der gesamten Achse“ im Rahmen der Planungen für das Gewerbegebiet in Kürten. Es sei sinnvoll, solche Probleme im regionalen Zusammenhang zu sehen und konstruktiv ggf. auch gemeinsam mit dem Kreis zu diskutieren.

Herr Kamp macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, ein später vorliegendes Konzept konsequent umzusetzen und vorhandene Verkehrsflüsse nicht durch Erfüllung von Anliegerwünschen zu vernachlässigen. Herr Kamp spricht sich für einen Beschluss im Sinne des FDP-Antrages aus.

Frau Schmidt-Bolzmann spricht sich für eine Abstimmung über den CDU- / FDP-Antrag "Aufhebung der beschlossenen Haushaltskürzungen im Bereich der Seniorenzentren" aus.

Wegen des bei den Ausschussmitgliedern entstandenen zustimmenden Meinungsbildes zum gemeinsamen CDU- und FDP-Antrag "Aufhebung der beschlossenen Haushaltskürzungen im Bereich der Seniorenzentren" sowie zu der vorab erforderlichen Diskussion in den Haushaltsberatungen der Fraktionen lässt die Vorsitzende lediglich über den FDP-Antrag zum Integrierten Verkehrsentwicklungskonzept abstimmen.

Auf der Grundlage des mündlichen und als *Anlage* beigefügten Antrages der FDP-Fraktion fassen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erarbeitung eines „Integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes“ im Rahmen des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“ als eigenständige Aufgabe zu formulieren.

- 1. Zusammenfassung/Aufarbeitung der bisher erarbeiteten Unterlagen**
- 2. Feststellung der noch zu bearbeitenden Themen**
- 3. Formulierung eines Projektes zur Bearbeitung und Ermittlung von Aufwand und Kosten.**

Die Verkehrsplanung soll mit geringen Mitteln im Einvernehmen mit dem AUKV in Angriff genommen werden.

Der Zeitplan zur Erstellung des Flächennutzungsplanes soll durch die zusätzliche Expertise nicht verzögert werden.

Abschließend fassen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden **Beschluss**:

Die Vorlage wird zur Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat überwiesen.

Die Vorsitzende erteilt noch einmal Herrn Tschorny das Wort, der sich in der Reihe der aufgerufenen Wortmeldungen übergangen fühlte.

Herr Tschorny stellt für die Fraktion DIE LINKE./BfBB den Antrag, darüber abzustimmen, den HH-Titel 005 500 010, die so genannten Löwenpassrichtlinien, zu erhalten und mit 60.000 € auszustatten. Da die Stadt sich nicht mehr im Nothaushalt befinde, sondern über ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept verfüge, sei es nicht nachvollziehbar, warum gerade bei Rentnern, die Grundsicherungsleistungen beantragen müssten, bei Kindern von Hartz IV-Empfängern sowie bei Asylbewerberleistungsberechtigten gespart werden solle. Er verweist insoweit auf den der Stadtverwaltung erteilten Auftrag.

Dr. Bernhauser weist darauf hin, dass unter TOP 8 bereits im Beratungsverlauf entschieden wurde, den Antrag, ob es einen irgendwie gearteten Löwenpass gebe, den Haushaltsplanberatungen vorzubehalten. Herr Tschorny habe selbst über Satz 1 des Beschlussvorschlages zu TOP 8 mit abgestimmt. Insofern sei der Antrag bereits behandelt.

Die Vorsitzende stimmt diesen Ausführungen zu.

Herr Tschorny führt aus, eine Zustimmung zu Satz 1 bedeute nicht, dass die übrigen Punkte nur unter Haushaltsgesichtspunkten abgestimmt werden sollten.

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, Herr Tschorny habe ausreichend Gelegenheit gehabt, den Antrag unter TOP 8 zu stellen. Auch Herr Waldschmidt bringt sein Unverständnis zu dem Beitrag von Herrn Tschorny zum Ausdruck. Die Vorsitzende weist Herrn Tschorny auf die Möglichkeiten hin, den Antrag erneut im Haupt- und Finanzausschuss zu stellen. In der heutigen Sitzung sei bereits entschieden worden.

10. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

11. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Theisen bittet um rechtzeitige Verteilung der Tischvorlagen. Er habe den von der FDP-Fraktion verteilten Antrag nicht vorliegen.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Theisen antwortet Herr Hastrich, die Verwaltung habe den von Herrn Theisen unter TOP 9 zitierten EU-Beschluss vom 14. September 2011 zur Kenntnis genommen und sehe aufgrund der haushaltsrechtlichen Lage keine Möglichkeit, Maßnahmen in der Stadt Bergisch Gladbach durchzuführen.

Herr Waldschmidt fragt mit Hinweis auf den Beginn der großen Regionale-Maßnahme im Ostteil der Stadt an, ob dort auch eine bürgerfreundliche erläuternde Hinweistafel ähnlich der im Bereich des Forums in der Fußgängerzone geplant sei. Dies sei angesichts der durch die Baumaßnahme entstehende langfristige und erhebliche Belästigung der Bürgerinnen und Bürger dringend erforderlich.

Herr Schmickler führt aus, nach seiner Kenntnis umfassten die beiden im Osten und im Westen aufgestellten Bauschilder einheitlich Hinweise zur gesamten Regionale-Maßnahme. Er kündigt eine ergänzende Antwort zum Protokoll an (*redaktionelle Anmerkung: laut Stellungnahme des FB 6-630 wird für die Baumaßnahme Stadtmitte-Ost in der Buchmühle ein eigenes Baustellenschild entwickelt. Es wird - in Anlehnung an das Schild für die Fußgängerzone - eine bildliche und textliche Erläuterung der Maßnahme enthalten sowie den Bauherrn, das planende Büro, die Geldgeber und die an der Umsetzung beteiligten Firmen verzeichnen. Das Schild ist in Vorbereitung und wird in Kürze aufgestellt.*)

Darüber hinaus seien den Bürgerinnen und Bürgern zum Auftakt der Baumaßnahmen in mehreren Veranstaltungen, u.a. eine Bürgerversammlung, Informationsmöglichkeiten angeboten worden.

Auf Nachfrage von Frau Holtzmann zur Berichterstattung in der örtlichen Presse informiert Herr Schmickler, es sei richtig, dass im Bereich der Buchmühle zusätzliche Parkplätze in den letzten Jahren und auch ganz aktuell geschaffen worden seien, der in der Presse verwendete Begriff Palette sei vielleicht irreführend. Die tatsächlich vorgesehene und den Gremien bekannte klassische Parkpalette an der Rückfront des Gebäudes Odenthaler Str. 19 sei in Vorbereitung.

Herr Kamp weist auf die Möglichkeit hin, an den Hauptverkehrspunkten am Driescher Kreuz, an der Odenthaler Straße und an der Kürtener Straße Hinweise zu geben, dass der Parkplatz Buchmühle wegen Umbauarbeiten nicht nutzbar sei.

Auf Anfrage von Herrn Tschorny zu den Essensleistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets berichtet Herr Hastrich, dass es wegen der direkten Abrechnung zwischen der Essen ausgebenden Einrichtung und dem Kreis nicht zur Ausgabe von Essensmarken an die Kinder komme.

Frau Münzer erinnert an die Integrationskonferenz am 17.03. in der Zeit von 10 bis 13 Uhr. Sie bittet alle Interessierten, den Termin vorzumerken.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Petra Holtzmann
Ausschussvorsitzende

gez. Gitta Schablack
Schriftführung